

Zwischen Meinungsbildung und Meinungsmache – Was dürfen Lehrer sagen?



© Kostas Koufogiorgos

Dürfen sich Lehrer im Unterricht politisch positionieren? Dafür gibt es in Deutschland einige Regeln, wie z. B. den Beutelsbacher Konsens.

Von Stefanie Rapp, Stuttgart

Dauer	3 Stunden
Inhalt	die Einrichtung von „Lehrer-Meldeportalen“ beurteilen; den Amtseid von deutschen Beamten verstehen; anhand von Bildungsplänen die Verpflichtung von Lehrern zur Demokratieerziehung begreifen; den Beutelsbacher Konsens als Leitlinie für Meinungsfreiheit im Unterricht erkennen; im Rahmen eines Rollenspiels Erlerntes anwenden und beurteilen
Ihr Plus	ein Rollenspiel zum Thema „Meinungsfreiheit im Unterricht“

Materialübersicht

Stunde 1 „Darf der das?“ – Lehrer am Onlinepranger

- M 1 (Fo) Lehrer am Onlinepranger – Meldeportale im Internet
M 2 (Tx) Lehrer-Meldeplattformen – Politik und Schule

Stunden 2/3 Grundgesetz, Bildungsplan und Beutelsbacher Konsens – Leitlinien für politische Bildung und Meinungsfreiheit im Unterricht

- M 3 (Ab) „Ich schwöre ...“ – Der Amtseid
M 4 (Tx) Demokratie gestalten – Welche Rolle hat ein Lehrer?
M 5 (Ab) Der Beutelsbacher Konsens – Die Basis für politische Bildung im Unterricht

Lernerfolgskontrolle

- M 6 (Lk) Meinungsfreiheit im Unterricht – Ein Rollenspiel

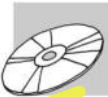
Zeichenerklärung:

Ab: Arbeitsblatt – Fo: Farbfolie – Lk: Lernkontrolle – Tx: Text

Minimalplan

Sie haben nur zwei Stunden Zeit zur Verfügung? Dann setzen Sie folgende Materialien ein:

Stunden 1/2 Leitlinien für politische Bildung im Unterricht M 3, M 4, M 5



Sie finden alle Materialien im veränderbaren Word-Format auf der **CD RAAbits Politik Berufliche Schulen (CD 30)**. Bei Bedarf können Sie die Materialien gezielt am Computer überarbeiten, um sie auf Ihre Lerngruppe abzustimmen.

M 2 Lehrer-Meldeplattformen – Politik und Schule

Die AfD hat in zwei Bundesländern Meldeplattformen gegen Lehrer eingerichtet.

Die Bundesländer wollen die Meldeplattformen der AfD, auf denen Schülerinnen und Schüler politische Äußerungen von Lehrkräften anzeigen können, rechtlich überprüfen. Dabei gehe es vor allem um die Frage, ob Persönlichkeitsrechte der Lehrerinnen und Lehrer betroffen seien, sagte der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Thüringens Bildungsminister Helmut Holter (Die Linke).

5 „Das erfordert eine tiefe juristische Prüfung.“

Die Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder hätten sich ausdrücklich hinter die Pädagogen gestellt und das Vorgehen der AfD verurteilt, sagte Holter. Die AfD bezeichnet die

10 Seiten als „Demokratie-Projekt“ für Schulen. Viele werfen der Partei dagegen Stasimethoden vor. Bundesjustizministerin Katarina Barley kritisierte die Portale als „organisierte Denunziation“.

Der Deutsche Philologenverband rief die Kultusministerkonferenz dazu auf, die Einrichtung solcher Meldeportale zu unterbinden. „Das ist Denunziantentum und zerstört das Vertrauens-

15 verhältnis zwischen Schülern und Lehrern“, sagte die Vorsitzende Susanne Lin-Klitzing der Neuen Osnabrücker Zeitung. Offenkundig wolle die AfD

20 mit solchen Meldeportalen die Idee von Schule als einem Ort freier Rede infrage stellen. Damit werde verhindert, dass Schülerinnen und Schüler „zu Meinungsbildung und eigener Urteilskraft befähigt werden“.

Bisher hat die Partei solche Meldeplattformen in Hamburg und Baden-Württemberg freigeschaltet. Bei der Plattform in Baden-Württemberg sollen Lehrkräfte namentlich genannt werden. In anderen

25 Ländern plant die AfD ähnliche Seiten. Sachsens Landes- und Fraktionschef Jörg Urban kündigte an, dass für das Bundesland noch am Freitagabend eine Plattform namens Lehrer-SOS online gehen soll.

© dpa 12.10.2018. Zu finden unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2018-10/kultusminister-afd-meldeplattform-lehrer-neutralitaetsgebot-helmut-holter> (12.11.2018).



Aufgaben

1. Lesen Sie den Text und sammeln Sie alle aufgeführten Argumente gegen die Meldeplattformen der AfD.
2. Wie begründet die AfD die Einführung dieser Meldeplattformen?
3. Was halten Sie persönlich von den Meldeportalen? Notieren Sie sich Ihre Argumente und diskutieren Sie diese anschließend im Plenum.
4. Diskutieren Sie ausgehend von der Frage „Was ist ein Lehrer?“ die Rolle des Lehrers im Unterricht. Was, glauben Sie, darf ein Lehrer im Unterricht über Parteien sagen und was nicht? Darf er eine eigene Meinung vertreten? Machen Sie sich zunächst Stichpunkte zu dieser Frage. Tauschen Sie sich im Anschluss mit Ihrem Partner aus und diskutieren Sie schließlich alle Ihre Punkte im Plenum.

M 3 „Ich schwöre ...“ – Der Amtseid

Was ein Lehrer darf und was nicht, ist in Deutschland über verschiedene Wege geregelt. Dazu gehören unter anderem das Bundesbeamtengesetz, die Bildungspläne und der Beutelsbacher Konsens. Jeder Beamte in Deutschland leistet einen Eid auf das Grundgesetz.

Bundesbeamtengesetz

Abschnitt 6 – Rechtliche Stellung im Beamtenverhältnis (§§ 60–115)

Unterabschnitt 1 – Allgemeine Pflichten und Rechte (§§ 60–86)

§ 64 Eidespflicht, Eidesformel

- (1) Beamtinnen und Beamte haben folgenden Diensteid zu leisten: „Ich schwöre, das Grundgesetz und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“
- (2) Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Entnommen aus: <https://dejure.org/gesetze/BBG/64.html> (12.11.2018).



© Thinkstock/iStock

Aufgaben

1. Fassen Sie den Beamteneid in Ihren eigenen Worten zusammen.
2. Erläutern Sie, was der Beamteneid mit dem zu tun hat, was ein Lehrer sagen darf und was nicht.
3. Nehmen Sie sich das Grundgesetz zur Hand oder gehen Sie auf die Webseite <https://www.bundestag.de/grundgesetz> (12.11.2018). Suchen Sie sich einen Artikel aus den Grundrechten (Artikel 1–5) aus und beleuchten Sie diesen auf seine Relevanz in Bezug auf die Lehrer-Meldeplattformen.



M 6 Meinungsfreiheit im Unterricht – Ein Rollenspiel

Darf ein Lehrer nun im Unterricht Kritik an einer Partei üben? Ihre Argumente sind in diesem Rollenspiel gefragt!



Der Politiker Volker Apfelgrün sagt in einer Rede:

„Menschen, die keine Brille tragen, sollten kein Recht mehr dazu haben, staatliche Schulen zu besuchen. Sie sind weniger intelligent und weniger sportlich und hindern damit die Brillenträger daran, sich optimal entfalten zu können. Zudem möchten wir, dass nur noch Brillenträger Lehrer werden dürfen, Menschen ohne Sehschwäche haben an unseren Schulen nichts mehr verloren. Der Meinung bin nicht nur ich, sondern auch meine ganze Partei.“

Für die Lehrerin Maxima Leseh-Kraft sind diese Äußerungen untragbar. Wütend erzählt sie ihrer Klasse von den Äußerungen und sagt, dass eine solche Partei niemals an die Macht kommen dürfe. Ihr emotionaler Auftritt vor der Klasse hat jedoch Konsequenzen. Einige Tage später wird sie zum Rektor der Schule gerufen. In seinem Büro sitzt bereits die Familie Sehschlecht. Tochter Tina ist Schülerin in Maxima Leseh-Krafts Klasse und ihre Eltern finden, dass diese mit ihrer Kritik an der Partei gegen das „Neutralitätsgebot“ eines Lehrers verstoßen habe.

Aufgaben

1. Teilen Sie sich in der Klasse in drei Gruppen auf.



Gruppe 1: Familie Sehschlecht

Finden Sie Argumente, die die Position von Familie Sehschlecht unterstützen.



Gruppe 2: Maxima Leseh-Kraft

Verteidigen Sie Ihre Kritik an der Partei und an den Äußerungen Volker Apfelgrüns.



Gruppe 3: der Rektor

Sie wollen zwar zwischen Familie Sehschlecht und Frau Leseh-Kraft vermitteln, allerdings bewegen Sie sich dabei auf der Grundlage des Grundgesetzes, der Vorgabe des Landes NRW und des Beutelsbacher Konsenses.

Tragen Sie in Ihren Gruppen die Argumente zusammen und wählen Sie einen Stellvertreter aus, der für Sie an der Diskussionsrunde im Rahmen eines Rollenspiels teilnimmt. Die anderen Gruppenmitglieder beobachten die Diskussion und geben den Teilnehmenden im Anschluss Rückmeldung.

2. Familie Sehschlecht ist ganz und gar nicht zufrieden mit dem Ausgang des Gesprächs. An wen könnte sie sich nun wenden? Recherchieren Sie im Internet Anlaufstellen für Beschwerden über Lehrerinnen und Lehrer.
3. Zu Beginn der Unterrichtsreihe haben Sie Hypothesen darüber aufgestellt, was eine Lehrkraft im Rahmen des Unterrichts sagen darf und was nicht. Überprüfen Sie Ihre Hypothesen nun anhand dessen, was Sie in der Zwischenzeit anhand der Materialien erfahren haben.
4. Diskutieren Sie abschließend, welche Möglichkeiten des Demokratielernens Lehrkräfte und Schulen haben.